

Ausgabe November 2010

MdL aktuell.



Der Infobrief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen!

Stuttgart 21 bewegt unser Land. Als SPD stehen wir mit großer Mehrheit zum Projekt Stuttgart 21 und seinen Chancen.

Wegen Stuttgart 21 rücken derzeit viele Themen, die genauso unsere Aufmerksamkeit verdienen, in den Hintergrund. Denn vieles von dem was derzeit auf Bundes- und Landesebene passiert, greift wesentlich tiefer in das Leben der Bürger ein als die Frage, ob ein Bahnhof so oder anders gebaut wird:

Da hebt eine schwarz-gelbe Bundesregierung die Verträge über den Atomausstieg aus und will sogar alte und gefährliche Atommeiler länger am Netz lassen. Doch die Proteste, die es dagegen auch in Stuttgart gegeben hat, fanden in der Landespresse kaum Aufmerksamkeit.

Da will die Bundesregierung die gesetzlich Versicherten alle Kostensteigerungen in Form von Kopfpauschalen alleine bezahlen lassen, doch so manchem hierzulande scheint der Bahnhof wichtiger als die Vertretung der Arbeitnehmer gegen diese unsoziale Politik.

Konjunkturprogramme für die Schiene werden unterdessen gefordert, doch in Stuttgart ist der Bahnhof zu teuer und die Frage, wie auch in Baden-Württemberg durch die Verbesserung der Infrastruktur neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wird nicht diskutiert.

Armutsbekämpfung, leider auch in Baden-Württemberg ein wichtiges Thema, wird hinten gestellt, obwohl derzeit die vom Verfassungsgericht verlangte Überprüfung der Hartz IV-Sätze kaum zu einer Erhöhung geführt hat.

Und im Land selbst, wo überall eine bessere Bildung angesagt ist, wird bei der Ganztagsbetreuung gestrichen, werden die Zuschüsse für die Universitäten gedeckelt und die Studierenden durch Studiengebühren belastet.



Angeregte Gespräche beim Tag der Offenen Tür zum Firmenjubiläum bei der Firma Honeywell, Mosbach

Da bin ich richtig froh, dass sich meine Partei auf dem Sonderparteitag besonnen und sich bei der Rente mit 67 für eine Kurskorrektur entschieden hat.

Hier, in der November-Ausgabe von MdL aktuell, nun noch einige aus meiner Sicht wichtige Informationen zu Stuttgart 21 für die Diskussionen, die uns allen nicht erspart bleiben.

Im Übrigen möchte ich noch auf den Artikel zu der Info-Veranstaltung „S21 – Zahlen, Daten, Fakten“ in Mosbach auf dieser Website hinweisen. Weitere empfehlenswerte Informationen findet man im Internet unter www.warumSPD.de/S21 und in der neuen Info-Broschüre „21 gute Gründe für Stuttgart 21“, die in begrenzter Stückzahl im Wahlkreisbüro bereitliegt oder unter www.das-neue-herz-europas.de gedownloadet werden kann.

Auch hier gilt: Wer besser informiert ist, kann besser argumentieren. Die Landes-SPD braucht auch Eure Unterstützung.

Es grüßt herzlichst
Euer

Georg Nelius, MdL

Warum mich mancher Presseartikel nachdenklich macht...

... und wie wichtig sachliche Information ist.

Beispiel #1

Behauptung: Im Stern vom 08.07.2010 wurde in Auszügen aus dem Bericht der Firma sma+Partner an das Verkehrsministerium zitiert, in dem das Vorhaben als unterdimensioniert und störanfällig eingestuft wird.

Tatsache ist: Die sma+Partner hatte den Auftrag, bestimmte Streckenabschnitte von Stuttgart 21 genauer zu untersuchen. Eine solche genauere Untersuchung wäre bei der Fahrplangestaltung für jede andere Streckenkonzeption wie zum Beispiel bei K21 ebenfalls durchzuführen.

Für den neuen Durchgangshauptbahnhof hat die SMA eine ausreichende Dimensionierung bestätigt. Zu den von den Gegnern von S21 behaupteten Nachteilen für S-Bahn und Gäubahn hat die SMA klargestellt, dass es diese Nachteile für die S-Bahn und die Gäubahn nicht gibt. Zur Behebung der aufgezeigten Engpässe am Flughafen wird es voraussichtlich einen zweigleisigen Ausbau der Zuführung vom Fildertunnel zum Flughafen geben.

Zu den von den Gegnern von S21 anlässlich des Stern-Artikels im Internet aufgestellten Behauptungen nimmt die SMA selbst wie folgt Stellung: „Die auf der Webseite aufgeführten Interpretationen zu den einzelnen Mitte 2008 entstandenen Charts sind aktuelle Meinungen der Verfechter für einen Verzicht auf Stuttgart 21 über einen veralteten Planungsstand und stellen nicht die derzeitigen Untersuchungsergebnisse von SMA und Partner AG dar.



In Stuttgart kann der Tiefbau auf eine lange, erfolgreiche Geschichte zurück blicken.



Die hier eingezeichnete Lage des unterirdischen neuen Bahnhofs macht es deutlich: Das Hauptgebäude des alten Bahnhofs bleibt stehen und nur ein kleiner Teil des Schlossparks muss weichen.

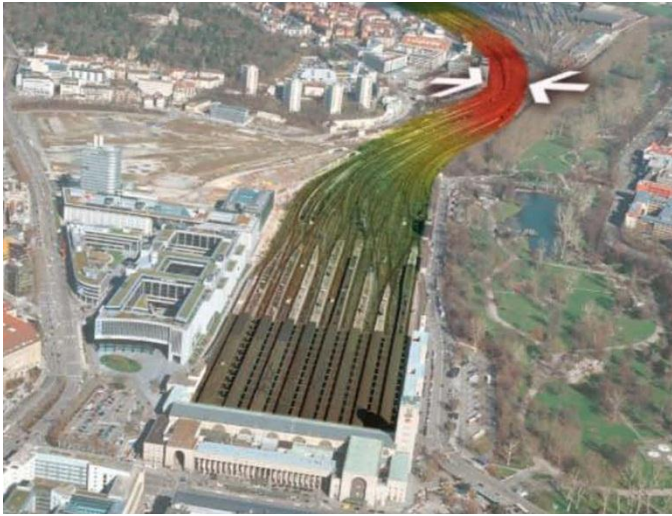
Zudem werden Einzelaspekte isoliert dargestellt, ohne den Kontext der landesweiten Untersuchung insgesamt in Betracht zu ziehen. Deshalb beziehen sich die Interpretationen nicht auf den derzeitigen Gesamtplanungsstand des Projektes, sondern nur auf überholte Stände von Teilaspekten. Damit die inhaltliche Arbeit ohne Beeinträchtigung von voreingenommenen Meinungen völlig neutral erfolgen konnte und weil wettbewerbsrechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit Ausschreibungen von Verkehrsleistungen Gegenstand der Analysen waren, wurde Stillschweigen bezüglich der vorliegenden Resultate vereinbart. Dies ist ein übliches Vorgehen bei Planeraufträgen, um Missverständnisse zu vermeiden."

Beispiel #2

Behauptung: Ein Spiegel-Artikel vom 16. August vermittelt die Botschaft Stuttgart 21 sei schön gerechnet worden.

Laut Spiegel gab es im Jahr 2001 einen "fragwürdigen Auftrag" des Landes an die Bahn um S21 zu retten.

Tatsache ist, dass das Land damals mehr Züge bestellt hat als ursprünglich vorgesehen war (vornehmlich am Hochrhein und in Nordwürttemberg). Das führte zu erheblichen Fahrgaststeigerungen. Dieser Vorgang wurde öffentlich diskutiert und war auch das Thema einer parlamentarischen Initiative der SPD-Landtagsfraktion. Alle Parteien, auch die Grünen hatten damals diesen Antrag für erledigt erklärt. In der öffentlichen Debatte hat die Bestel-



Der Zugdurchsatz eines Bahnhofs wird nicht von der Anzahl der Bahnsteige, sondern von den zu- und ableitenden Gleisen bestimmt.

lung zusätzlicher Züge durch das Land in den vergangenen acht Jahren so gut wie keine Rolle gespielt.

Beispiel #3

Behauptung: Im Stern-Artikel vom 26. August werden Warnungen für "Leib und Leben" publiziert. Der Stern zitiert in seiner Ausgabe vom 26. August den Architekten Frei Otto mit den Aussagen, dass es bei S21 um "Leib und Leben" gehe. Laut Frei Otto, so der Stern, könne der Bahnhof "wie ein U-Boot aus dem Meer" aufsteigen. Schließlich wird noch der Tübinger Geologe Jakob Sierig, ein Spezialist für Anhydrid- und gipsführende Erdschichten zitiert: "Bei Stuttgart 21 geht es nicht um mögliche Risse in Häusern, es geht um mögliche Krater, in denen Häuser verschwinden können. Es geht um Menschenleben."

Tatsache ist: Sierig selber hat zu seiner Aussage nur einen Tag später in den Stuttgarter Nachrichten Stellung genommen: "Das Zitat stammt nicht von mir. Das habe ich nicht gesagt" Und: "Ich kann diesbezüglich keine konkrete Risikobewertung vornehmen. Dazu fehlen mir die nötigen Daten." Zu den Aussagen von Frei Otto hat sein Nachfolger am Lehrstuhl in Stuttgart, Prof. Werner Sobek Stellung genommen. Er sei "erschüttert" über Ottos Aussagen, da diese "in keinster Weise berechtigt" seien. Herr Professor Sobek ist ein bundesweit anerkannter Statikexperte, der für die Statik des Projekts verantwortlich ist.

Zur Sache selbst: Die Stuttgarter Straßenbahnen

liegen in genau der gleichen Stein- bzw. Grundwasserschicht wie der neue Bahnhof. Der S-Bahn-Tunnel sogar noch darunter. Die S-Bahn zwischen Schwabstraße und Universität verläuft durch den schwierigen Gipskeuper. Auch Auto-Tunnels in Stuttgart verlaufen durch diese Gesteinsschichten. Alle bestehen seit Jahrzehnten, konnten ohne Zwischenfälle gebaut werden und funktionieren noch heute einwandfrei. Zudem liefern sie den Bauherren viele Erfahrungswerte über die Beschaffenheit des Stuttgarter Untergrundes.

Alltagsarbeit eines Abgeordneten

Die Arbeit der Hebammen auf ein solides Fundament stellen!

Niedriges Einkommen, hohe Beiträge zur Haftpflicht-Versicherung: Mit Mahnwachen machen Hebammen im ganzen Land auf ihre Situation aufmerksam. Diese unerfreuliche Situation war für den SPD-Landtagsabgeordneten Georg Nelius Anlass, mit der Kreisvorsitzenden des Deutschen Hebammenverbandes, Kreis Neckar-Tauber, Heike Klingmann ein Informationsgespräch zu führen.

„Die Arbeit der Hebamme ist ein wichtiger Bestandteil unseres Gesundheitswesens. Niemand stellt heute den präventiven Aspekt unserer Tätigkeit ernsthaft in Frage. Unsere Arbeit ist sehr wertvoll für die Gesundheit unserer Bevölkerung und muss erhalten bleiben“, so Klingmanns Statement. Das schlechte Einkommen der Hebammen sei durch



Im Gespräch: Heike Klingmann (Kreisvorsitzenden des Deutschen Hebammenverbandes, Kreis Neckar-Tauber), Andrea Gottschalk (Schlierstadt), MdL Georg Nelius

Mehrarbeit nicht mehr zu kompensieren. Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe sei gefährdet. Es stünde nicht nur das Recht auf die freie Wahl des Geburtsortes, sondern auch die aufsuchende Tätigkeit der Hebammen vor und nach der Geburt, auf dem Spiel.

Der SPD-Abgeordnete Nelius zeigte Verständnis für die Probleme der Hebammen und bedauert, dass anfänglich in den Verhandlungen mit den Krankenkassen zwar leichte Einkommensverbesserungen erzielt werden konnten, aber die weiteren Verhandlungen, in denen der erneute massive Anstieg der Berufshaftpflichtprämien aufgefangen werden sollte, gescheitert sind. „Die Honorare der Krankenkassen müssen ein angemessenes Einkommen für die Hebammen sichern“, erklärte Nelius.

Er bedauerte, dass die nun laufenden Schlichtungsverhandlungen im Bund von ihm als Landtagsabgeordneten nicht direkt beeinflusst werden können. Er werde sich aber für alle Berufsgruppen im Gesundheitswesen einsetzen und sich nicht wie CDU/CSU und FPD nur die Verbesserung der Einkommenssituation von Ärzten und Apothekern in den Mittelpunkt stellen.

Die Kopfpauschale könne mit Sicherheit nicht die Einnahmesituation im Gesundheitswesen verbessern. „Wir Sozialdemokraten wollen die solidarische Krankenversicherung beibehalten und weiterentwickeln. Bei einer gesicherten Einnahmesituation durch die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen könnten dann auch die berechtigten Vergütungsforderungen der Hebammen durch die Krankenkassen erfüllt werden.“ So die Zusammenfassung von MdL Georg Nelius.

SPD steht hinter der Polizei

MdL Georg Nelius, Landtagsabgeordneter der SPD für den Wahlkreis Neckar-Odenwald, bestätigte diese Aussage aus Anlass eines umfassenden Meinungsaustausches mit Vertretern der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Das Treffen war Teil der Gesprächsreihe des DPoIG Kreisverbands Mosbach mit Abgeordneten. Vorsitzender Michael Ellwanger konnte neben Kreisgeschäftsführer der DPoIG Klemens Scheuermann und den Vorstandsmitgliedern Jürgen Spiesberger und Torsten Noe insbesondere den Vorsitzenden des




DPoIG Bezirksverbands Nordbaden und Vorsitzender des Bezirkspersonalrats der Polizei beim Regierungspräsidium Karlsruhe und Mitglied des Hauptpersonalrats der Polizei beim Innenministerium Baden-Württemberg, Egon Manz, begrüßen. Als Vertreter der Polizeidirektion Mosbach nahm deren Chef, der Leitende Polizeidirektor Hans Becker, an dem Gespräch im Gasthaus „St. Benedikt“ in der Klinge Seckach teil.

Seckachs Bürgermeister Thomas Ludwig begrüßte die Gäste in seiner Kommune und betonte insbesondere die gute Zusammenarbeit mit der hiesigen Polizei. Für die Kommunen im ländlichen Raum sei es wichtig, so Ludwig, dass die Polizeidirektion Mosbach auch in Zukunft mit ihrem Sitz im Landkreis erhalten bleibe. Wie wichtig und richtig kurze Wege und persönliche Kontakte seien, habe nicht zuletzt die Sicherheitswoche 2009 im Bauland mit über 30 Veranstaltungen gezeigt, bei der die Bürger und ihre Polizei in Kontakt gekommen seien.

Seckachs „Alt“-Bürgermeister und Mitglied des Aufsichtsrats der Klinge Seckach e.V., Ekkehard Brand, begrüßte in Vertretung von Dorfleiter Dr. Cassar die Gäste in seinem Hause und stellte das Kinder- und Jugenddorf mit seiner Geschichte kurz vor. „Die Klinge Seckach war und ist ein offenes Haus, in dem Kinder und Jugendliche jedweder Herkunft untergebracht sind und zusammen mit den 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestrebt sind, eine gute Kindheit zu haben und eine gute Schulbildung zu erhalten“, fasste das Aufsichtsratsmitglied zusammen.

Nach den Grußworten gingen Michael Ellwanger, Egon Manz und Hans Becker auf die aktuellen Probleme der Polizei des Landes im Allgemeinen, aber



insbesondere auch bei der Polizeidirektion Mosbach ein. Zwar müsse man für die Einsätze in Stuttgart noch kein Personal stellen, leiste aber zum Ausgleich seit Oktober diesen Jahres Ersatzdienste in Heidelberg und Mannheim, um die dortigen Alarmeinheiten zu entlasten und einen kleinen Teil dazu beizutragen, den bisher aufgelaufenen Überstundenberg von ca. 50.000 Stunden allein für die Polizei im Regierungsbezirk nicht noch größer werden zu lassen. Dies sei ein Teil der noch immer gültigen Solidarität der Polizei untereinander.

Ein weiteres großes Problemfeld, welches aus polizeilicher und gewerkschaftspolitischer Sicht dringend einer Lösung bedürfe, sei die Regelung der Sicherungsverwahrung für Sexualstraftäter. Nach der Entscheidung des EuGH, wonach die nachträgliche Sicherungsverwahrung von Sexualstraftätern nicht rechtmäßig sei, habe die Polizei immer mehr Überwachungsarbeit zu leisten. Um einen einzigen potenziellen Gewalttäter an 365 Tagen 24 Stunden überwachen zu können, seien 25 Polizeibeamte erforderlich. Bei einem Potenzial von 20 Sexualstraftätern in Baden-Württemberg entspräche dies der zweieinhalbfachen Personalstärke der gesamten Polizeidirektion Mosbach!

Angesichts dieser völlig geänderten Rahmenbedingungen müsse die Entscheidung des Landes über die Stelleneinsparungsverpflichtungen bei der Polizei dringend auf den Prüfstand, so die einhellige Meinung der DPoIG-Vertreter. Diese Forderung ist durchaus berechtigt, muss doch die Polizeidirektion Mosbach mit 16 Planstellen für Polizeibeamte prozentual nahezu das Doppelte an Personal abbauen wie alle anderen Dienststellen. Nach Ansicht der DPoIG-Funktionsträger dürfen insbesondere die Stellen der jetzt über den derzeitigen Bedarf hinaus eingestellten Beamtinnen und Beamten, welche die künftigen Personalausfälle durch die sehr bald einsetzende Zuruhesetzung quantitativ großer Jahrgänge ausgleichen sollen, nicht wegfallen. Hier müsse die Politik einsehen, dass man mit einer Problemverlagerung in die Zukunft keine nachhaltige Lösung erreiche. Diese zusätzlichen Stellen müssten im Landeshaushalt verstetigt werden, um so die Funktionsfähigkeit der Polizei im Dienstbezirk Mosbach für den Erhalt des bisher hohen Sicherheitsniveaus für die Menschen zu gewährleisten. Hand in Hand mit diesem Problemfeld gehe auch der Stellenabbau der

Tarifbeschäftigten in der Polizei. Hier müsse die Polizeidirektion Mosbach zu den bereits abgebauten 4,5 Stellen nochmals 6,5 Stellen streichen. Dieser hohe Stellenanteil liege nach Michael Ellwanger bei nahezu 30 % und demzufolge weit unter der landesweit liegenden Vorgabe von etwa 11 %. Egon Manz wies in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Landespolizeidirektion Karlsruhe um einen gerechten Ausgleich zwischen den Polizeikreisdienststellen hin, sehe jedoch durchaus die Notwendigkeit einer Festlegung der personellen Grundversorgung. Nur so könnten eventuelle Unebenheiten bei der Personalplanung transparent gemacht werden.

Georg Nelius äußerte hierzu Unverständnis und sieht vor allem eine Schwächung der Polizei im ländlichen Raum, die so nicht akzeptabel sei. Dies gelte auch für alle anderen ländlichen Bereiche. Der Landtagsabgeordnete bedankte sich ausdrücklich bei allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und den Mitarbeitern der Polizei im Neckar-Odenwald-Kreis für ihre „super“ Arbeit und ihren Einsatz. Mehr Personaleinsparungen bei der Polizei seien nicht mehr vertretbar, insbesondere aufgrund der enormen Belastungen und auch der schlechten Altersstruktur, so der Abgeordnete. Er wolle sich im Rahmen seiner politischen Arbeit für die Polizei stark machen und sich insbesondere für die Polizei im Neckar-Odenwald-Kreis einsetzen. Die SPD stehe hinter der Polizei. Bildung und innere Sicherheit seien Grundfesten eines Staates, wer hier spare, tue dies am falschen Ende.

In Bezug auf den aktuell im Gespräch befindlichen Untersuchungsausschuss zum Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Rahmen der Auseinandersetzung um das Bauprojekt Stuttgart 21 gehe es ausschließlich um die Prüfung der politischen Verantwortlichkeit dieses Einsatzes.

Termine:

Exkursion zur Zuckerfabrik, Offenau	12.11.2010
Landtagsfahrt mit Besuch des Stuttgarter Weihnachtsmarkts	06.12.2010
Landesparteitag zum Regierungsprogramm	22.01.2011
Wahlkampfauftakt und Jubiläumsfeier 40-Jahre-OV-Binau (40.J. G. Teßmer)	05.02.2011
Landtagswahl	27.03.2011

Impressum:

Wahlkreisbüro MdL Nelius

Kesslergasse 6
74821 Mosbach
Telefon (0 62 61) 91 49 - 17
Telefax (0 62 61) 91 49 - 18
kontakt@georg-nelius.de
www.georg-nelius.de

Verantwortlich:
Georg Nelius

Texte:
Georg Nelius
Torsten Noe
Kenneth Weidlich

Bilder:
Archiv - Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V
Kenneth Weidlich

